

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 11

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Innenpolitik

Kaum liegt die Abstimmung über die 44-Stunden-Woche hinter uns, steht man vor einem neuen eidgenössischen Urnengang. Am 7. Dezember haben die stimmberechtigten Bürger über den *Kursaalartikel* und den *Spölvertrag mit Italien* abzustimmen.

Bei der *ersten Vorlage* handelt es sich darum, den im bisherigen Kursaalartikel festgesetzten höchstzulässigen Einsatz beim sogenannten Boulespiel von 2 auf 5 Franken zu erhöhen. Begründet wird dies mit dem Hinweis auf die inzwischen eingetretene Geldentwertung und die entsprechende Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. Eine Anpassung der Einsätze wird vor allem von den Kreisen des Fremdenverkehrs gewünscht. Größere Fremdenorte brauchen Kursäle, und diese sind auf einen Teil des Spielertrages angewiesen, wenn sie nicht kräftige Preiserhöhungen vornehmen wollen. Der Spielanteil der Kursäle bewegt sich aber immer noch in den Grenzen von 1928, während die Löhne des Personals und die allgemeinen Unkosten seither um 140 bis 160 Prozent gestiegen sind. Die Anpassung der zulässigen Spielansätze wird deshalb nicht nur für ein vertretbares Mittel, sondern auch als eine Selbsthilfe des Fremdenverkehrs betrachtet, die den Bund und die Kantone nichts kostet. Ein Viertel aller Spieleinnahmen der Spielsäle wird überdies vorweg an den eidgenössischen Fonds für Elementarschäden abgeliefert, aus dem die Hilfeleistungen an die Opfer von Naturkatastrophen finanziert werden. Das ist denn auch der Hauptgrund, weshalb der Kursaalvorlage, an der man sonst nicht gerade eine große Freude haben kann, auch die SPS zustimmt.

Bei der *Spölvorlage* muß darüber abgestimmt werden, ob der Staatsvertrag mit Italien über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Spöls genehmigt werden soll oder nicht. Der Spöl ist ein internationales Gewässer. Sein Oberlauf liegt im italienischen Livignotal, dann erreicht er bei Punt dal Gall die schweizerische Grenze, durchfließt den Nationalpark und mündet bei Zernez in den Inn. Die Engadiner Kraftwerke, ein schweizerisches Unternehmen, möchten den Spöl zusammen mit dem Inn in mehreren Stufen für die Gewinnung von Elektrizität ausnützen. Der Ausbau gewänne wirtschaftlich sehr an Wert, wenn ein Stausee im Livignotal errichtet und mit Hilfe eines Speichervolumens von 180 Millionen Kubikmetern wertvolle Winterenergie erzeugt werden könnte. Da der Stausee auf italienisches Gebiet zu liegen käme, mußte mit Italien darüber verhandelt werden. Das Er-

gebnis dieser Verhandlungen hat seinen Niederschlag im italienisch-schweizerischen Staatsvertrag gefunden, der am 27. Mai 1957 beidseitig unterzeichnet wurde. Das Abkommen mußte nach Verfassung dem Referendum unterstellt werden. Dieses wurde von seiten des Naturschutzbundes ergriffen und ist zustande gekommen; deshalb die Abstimmung vom 7. Dezember. Italien erklärte sich bereit, den Stauraum im Livigno zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung verlangt es eine Ableitung von Wasser aus dem Alto-Spöl ins Adda-Gebiet, im Umfang von 97 Millionen Kubikmetern im Durchschnittsjahr; anfänglich wünschte Italien sogar 400 Millionen Kubikmeter Wasser; es hat also wesentliche Konzessionen gemacht. Das Land, das unter Wasser kommt, ist nicht kultivierbar. Die Staumauer kommt größtenteils außerhalb der schweizerischen Grenze und vollständig außerhalb des Nationalparks zu stehen. Im Park selber hat man auf einen eigentlichen Stausee verzichtet und begnügt sich heute mit einem kleinen Ausgleichsbecken, das nicht einmal einen Viertel Prozent der gesamten Parkfläche ausmacht. Es gibt keine Bauten, keine Zufahrtswege, keine Hochspannungsleitungen, keine Druckstollen mit Fenstern, keine Materialdeponien im Park. Der Spöl erhält genügendes Rest- und Dotationswasser, seine Seitenbäche werden nicht mit einbezogen. Die Parkgemeinden haben sich verpflichtet, im Falle der Annahme des Spölvertrages als Realersatz für den Spöl ein dreißigfach größeres Gebiet dem Nationalpark abzutreten und ihm die S-charl-Reservation dauernd anzuschließen. Die wissenschaftliche und die eidgenössische Nationalparkkommission, der Naturschutzrat und der Heimatschutz haben dieser Lösung zugestimmt. Größer sind die Eingriffe am Inn, aber hier sind die Gemeinden und der Kanton Graubünden zuständig und nicht der Bund. Die 15 Unterengadiner Gemeinden haben mit großen Mehrheiten die Konzessionen zum Bau der Kraftwerke erteilt, weil sie sich in einer prekären Lage befinden und von den Werken eine wirtschaftliche Sanierung erwarten, werden sie doch an einmaligen Gebühren und wiederkehrenden Wasserzinsen mehrere Millionen Franken erhalten. Wird der Spölvertrag abgelehnt, so muß damit gerechnet werden, daß Italien den Spöl auf seinem Gebiet trotzdem und noch gründlicher ausnützt und Zernez auf das Praspöl-Projekt – ein Stausee mit Elektrizitätswerk mitten im Parkgebiet – zurückgreift, das ihm in einem Nachtragsvertrag von 1920 zugestanden worden war. Eine Verwerfung des Spölabkommens hätte also leicht schwerere Nachteile für Spöl und Nationalpark zur Folge, weshalb denn auch die SPS der Verständigungslösung zustimmt.

Der Tod hat in diesem Jahr unter den eidgenössischen Räten große Ernte gehalten. Nachdem zuvor die Nationalräte Pini, Bucher und Arthur Steiner dahingerafft wurden, starb am 3. November unerwartet Bundesrat *Markus Feldmann* an einer Herzlähmung. Trotz seiner verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Zugehörigkeit zum Bundesrat hat er in unserer Regierung dank seiner

Intelligenz, Arbeitskraft und seinem politischen Temperament eine maßgebende Stellung innegehabt. Er war eine ernste Natur, von großer Pflichtauffassung und echter Leidenschaft für den Staat. Unvergessen bleiben seine Verdienste, die er sich als früherer Presseemann zur Hitlerzeit im Kampf um die Unabhängigkeit der Schweizer Presse gegenüber dem Nationalsozialismus erworben hatte. Als Chef des Justiz- und Polizeidepartements leistete er eine große gesetzgeberische Arbeit und schenkte allen Fragen der inneren und äußeren Ordnung seine volle Aufmerksamkeit. In persönlich nobler Haltung stand er dem Parlament in der Affäre Dubois-Ulrich Red und Antwort und erledigte den Zwischenfall in einwandfreier Weise. Mit Entschiedenheit und gegen den Widerstand in den eigenen Reihen setzte er sich auch für die Einführung des Frauenstimmrechtes in eidgenössischen Angelegenheiten ein. Er wird in der Kampagne für die Abstimmung, die am 1. Februar nächsten Jahres stattfindet, den Anhängern des Frauenstimmrechtes sehr fehlen; denn der Einsatz seiner starken Persönlichkeit wäre dringend nötig gewesen.

Wenige Tage nach dem Hinschied Bundesrat Feldmanns, am 14. November, ist ein weiterer homo politicus gestorben, der in den letzten 40 Jahren in der eidgenössischen Politik eine bedeutende Rolle gespielt hat: unser Parteifreund Nationalrat *Arthur Schmid* in Oberentfelden. Seit einem Jahr gesundheitlich schwer beeinträchtigt, führte er mit zähem Willen einen Kampf gegen die Krankheit. Noch in der letzten Septembersession der eidgenössischen Räte nahm er teil, und wenige Tage vor seinem Hinschied sah man ihn noch im Großen Rat seines Heimatkantons Aargau. Diese Haltung war bezeichnend für das Pflichtbewußtsein und die Arbeitsfreude Arthur Schmidts. Noch anfangs November erhielten wir von ihm den Artikel für die heutige Nummer der «Roten Revue» über die Gesetzesinitiative; es ist eine der letzten Arbeiten aus seiner Feder, ein letztes Vermächtnis sozusagen an unsere Zeitschrift, in der er so oft und immer mit gewichtigen und wohl-durchdachten Gründen das Wort ergriff. Für diese Arbeit sei ihm an dieser Stelle herzlich gedankt. Arthur Schmid war ein rastlos tätiger Mann. Nichts war ihm als Chefredaktor seines «Freien Aargauers», als Sekretär der SP des Kantons Aargau, als aargauischer Großrat und Nationalrat zu gering oder zu groß, um sich mit Sachkenntnis und Hingabe der gestellten Aufgaben anzunehmen. Eigenwillig und selbständig und immer mit dem Einsatz seiner persönlichen Überzeugung ist er seinen Weg gegangen, nicht immer als bequemer Weggenosse, aber immer als aufrechter und unerschrockener Mann. Von seiner demokratischen Gesinnung ließ er sich nichts abmarkten, und kompromißlos hat er die Feinde der Demokratie, sowohl die Faschisten wie die Bolschewisten, in ihre Schranken gewiesen. Ihn beseelte der Glaube an den demokratischen und humanitären Sozialismus und beflügelte ihn immer wieder im Dienst an Volk und Staat.

Der Hinschied von Markus Feldmann macht eine baldige *Ersatzwahl in den Bundesrat* nötig. Sie wird in der bevorstehenden Dezember-Session der eidgenössischen Räte vollzogen werden. Die üblichen Wahlvorbereitungen sind schon im Gange, und insofern ist die Situation abgeklärt, als der verwaiste Sitz dem Kanton Bern gehört, der neben Zürich und der Waadt bekanntlich auf eine ständige Vertretung in der obersten Landesbehörde Anspruch erhebt. Das Berner Mandat liegt seit 1929 in den Händen der Bauern. Die Vorgänger Feldmanns waren von Steiger und Rudolf Minger. Die bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei wünscht deshalb wiederum, diesen Sitz mit einem der ihrigen zu besetzen. Die Regie lief anfangs wie geölt. Nachdem drei Anwärter von sich aus verzichtet haben, wurde von den Parteigremien der gegenwärtige bernische Regierungspräsident Walter Siegentaler als offizieller Bundesratskandidat aufgestellt. Eine Anfrage an alt Ständerat Prof. Wahlen, den Direktor der FAO in Rom, hatte von der Partei aus nur platonische Bedeutung; denn der Inhalt dieser Anfrage war derart, daß man von Herrn Wahlen zum vornherein eine Absage erwartete. Zur großen Überraschung erteilte jedoch Prof. Wahlen eine Zusage und stürzte damit das Wahlprogramm der Offiziellen völlig über den Haufen. Ob die Berner Bauern trotzdem an ihrem Kandidaten Walter Siegentaler festhalten und es in der Bundesversammlung zu einem Wettlauf zwischen beiden kommt, bleibt abzuwarten. Diese Ersatzwahl gibt im übrigen der bürgerlichen Presse auch Anlaß zu einigen andern Spekulationen. Sie sind allesamt verfrüht. Der große Bundesratsschub wird erst in einem Jahr eintreten, da nach den Erneuerungswahlen des Nationalrates auch ein stärkerer Wechsel im Bundesrat zu erwarten sein und die Frage akut werden wird, ob und in welchem Umfang die SPS wieder an der Mitverantwortung in der Landesregierung teilnehmen soll.

P. S.

Außenpolitik

Eine wesentliche Entspannung der internationalen Lage ist undenkbar, solange in Rußland, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien die alten Regierungsequipen an der Macht sind. Alle drei sind auf der Politik der Stärke festgefahren und können das notwendige gegenseitige Vertrauen nicht herstellen.

Deshalb kommt den *letzten Erneuerungswahlen für das Repräsentantenhaus und für einen Drittel des Senates der Vereinigten Staaten* eine sehr große Bedeutung zu. Die Demokraten haben die Politik der Regierung Eisenhower, insbesondere die Außenpolitik des Herrn Dulles, sehr scharf kritisiert

und damit einen eklatanten Sieg errungen. Sicher haben zu diesem Erfolg auch Momente der Innenpolitik beigetragen. Die Wirtschaftsdepression des letzten Jahres und die Passivität, mit der die Regierung ihr begegnete, haben viele Arbeiter, Angestellte und Bauern verängstigt und auf die Seite der demokratischen Opposition getrieben. Durch Korruptionerscheinungen in Regierungskreisen wurde die Republikanische Partei moralisch diskreditiert. Aber vor allem wurde die katastrophale Niederlage der Republikaner verursacht durch die Spannungen sowohl im Nahen Osten, mit der Besetzung Libanons durch die amerikanische Armee, wie im Fernen Osten in der Meerenge von Formosa, durch das Scheitern der Abrüstungsbesprechungen und die zunehmende Isolierung der Vereinigten Staaten in der Welt, besonders unter den jungen Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Exponenten des rechten reaktionären Flügels der Republikanischen Partei waren es, die nicht mehr gewählt wurden. Der persönliche Einsatz des Präsidenten Eisenhower während der Wahlkampagne konnte die Regierungspartei nicht mehr retten. In einer parlamentarischen Demokratie hätte ein solcher Sieg der Demokraten einen sofortigen Rücktritt der Regierung zur Folge haben müssen. Aber in den Vereinigten Staaten besteht kein parlamentarisches System. Der Präsident wird vom Volke für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Er bildet und führt seine Regierung, auch wenn die Erneuerungswahlen der Oppositionspartei eine Mehrheit im Parlament sichern. Erst bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 1960 wird sich der Sieg der Demokraten auf die Regierungspolitik auswirken können ... vorausgesetzt, daß in den nächsten Jahren keine Wendung in der politischen Einstellung der Wähler erfolgt. Die Vertreter und Wortführer der Vereinigten Staaten an internationalen Konferenzen und Besprechungen können selbstverständlich nicht mehr mit derselben Autorität auftreten. Sie repräsentieren eine Regierung, deren Politik von der großen Mehrheit des Volkes abgelehnt und verurteilt wurde.

In England sollen Erneuerungswahlen für das Unterhaus im Laufe des nächsten Jahres stattfinden. Die Nachwahlen, die erfolgt sind, haben bewiesen, daß die konservative Regierung McMillan an Einfluß bei den Wählern verloren hat. Auch in England ist ein Regierungswechsel möglich. Die Labour Party, die eine andere Außenpolitik vertritt, hat Chancen, an die Macht zu gelangen.

Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Russen sich jetzt nicht engagieren wollen. Sie werden wahrscheinlich eine Verzögerungstaktik befolgen, um die entscheidenden Wahlen in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten abzuwarten. Aber sie werden den anglosächsischen Regierungen keine Ruhe lassen, sondern sie immer wieder vor neue Schwierigkeiten stellen.

Unter diesen Gesichtspunkten müssen die Diskussionen der in Genf ta-

genden Konferenzen betrachtet werden. *Die Konferenz der drei Atommächte zur Einstellung der militärischen Atomexperimente* konnte sich nach drei Wochen langwieriger Dispute noch keine Tagesordnung geben, und die Ausgangslage für ihre Arbeiten ist denkbar schlecht. Die Diskussion, die vor der Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen geführt wurde, hat alle Illusionen über eine rasche Einigung der drei Atommächte auf Grundlage des von allen dreien angenommenen Berichtes der wissenschaftlichen Experten zunichte gemacht. Die Sowjetunion forderte die anglosächsischen Mächte auf, unabhängig von der Lösung der Kontrollfrage sofort und definitiv die Atomversuche einzustellen. Die anglosächsischen Mächte lehnten eine Einstellung ohne Kontrolle ab und erklärten sich bereit, ab 31. Oktober, dem Eröffnungstag der Konferenz, und für die Dauer eines Jahres alle Atomexperimente einzustellen, falls die Sowjetunion dasselbe tun würde. Sie waren weiter bereit, diese kurze Frist von einem Jahr zu verlängern, falls die Kontrolle sich als wirksam erweisen sollte. Die Sowjetunion lehnte diesen Antrag ebenso wie einen Kompromißantrag der neutralen Staaten ab. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmte, gegen die Opposition des russischen Blocks, einer Resolution zu, die die drei Atommächte aufforderte, ab 31. Oktober für die Dauer eines Jahres die Atomexplosionen einzustellen. Die beiden angelsächsischen Mächte verpflichteten sich, diese Resolution zu verwirklichen. Die Sowjetunion kümmerte sich um diese Resolution ebenso wenig wie um die Resolution von 1956 über die Evakuierung ihrer Truppen aus Ungarn und setzte nach dem 31. Oktober ihre Atomexplosionen demonstrativ fort.

In Genf verlangten die Russen immer noch, die Diskussionen und die Vereinbarungen über die sofortige und definitive Einstellung der Atomexperimente sollten von der Frage der Kontrolle getrennt werden. Sie wollen über die Kontrolle nicht diskutieren, solange sie nicht sicher sind, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien bereit sind, die Atomexperimente definitiv einzustellen. Die anglosächsischen Staaten ihrerseits wollen sich dazu nicht verpflichten, solange sie nicht sicher sind, daß die Russen eine wirksame Kontrolle annehmen werden. Unter solchen Umständen kann die Genfer Konferenz noch monatelang über ihre Tagesordnung diskutieren!

Die andere *Genfer Konferenz zur Verhütung von Überraschungsangriffen*, die am 10. November eröffnet wurde und von zehn Staaten der NATO und des Warschauer Paktes beschickt ist, steckt ebenfalls tief im Sumpf der Prozedur und kommt nicht vom Fleck.

Die französische Regierung hat im Laufe der letzten Wochen mehrmals betont, daß sie eigene Atomwaffen herstellen und durch die erste Explosion einer französischen Atombombe in den Atomklub eintreten wolle. Frankreich fühlt sich durch eine allfällige Vereinbarung der Atommächte in Genf

nicht gebunden. Diese Stellungnahme der Regierung de Gaulle kompliziert die Aufgabe der Genfer Konferenz. Nach der erfolgten Vereinbarung der drei Atomkräfte über die kontrollierte Einstellung der Nuklearexplosionen könnten Frankreich, China, Westdeutschland, Japan, Schweden und die Schweiz ihre eigenen Experimente durchführen. Die kontrollierte Einstellung wäre zur Farce erniedrigt. Wenn eine Vereinbarung in Genf zustande kommt, muß diese durch die Vereinten Nationen für ihre Mitglieder und die Nichtmitgliedstaaten als verbindlich erklärt werden.

Die Lage im Nahen und im Fernen Osten hat sich entspannt. Die Truppen der Vereinigten Staaten wurden aus dem Libanon, die Truppen Großbritanniens aus Jordanien zurückgenommen. Die Klagen der libanesischen Regierung und der Regierung Jordaniens gegen die Vereinigte Arabische Republik in der UNO sind zurückgezogen worden. Die Beobachter der Vereinten Nationen verlassen das Gebiet.

Die innere politische Lage der unabhängigen jungen Staaten Asiens und Afrikas bleibt jedoch unstabil. Im Sudan wie im Irak, in Pakistan und in Burma hat die Armee die Macht erobert und ist an die Stelle der Zivilregierung getreten. Diese *Entwicklung zur Militärdiktatur* beweist, wie schwer sich die Demokratie in kulturell und wirtschaftlich zurückgebliebenen Völkern organisieren läßt.

Die Kampagne für die *Parlamentswahlen in Frankreich* wurde unter allgemeiner Gleichgültigkeit der Bevölkerung durchgeführt. Die Parteien kommen durch das Wahlsystem nicht zur Geltung. Die Absicht de Gaulles, in Algerien durch freie Wahlen Vertreter der arabischen Bevölkerung in das französische Parlament zu bringen, ist daran gescheitert, daß die Instruktionen de Gaulles von seinen Präfekten und von der Armee sabotiert wurden. Die alten arabischen nationalistischen Parteien, die MNA und FLN, sowie die Kommunistische Partei bleiben verboten. Politiker, die mit den Rebellen sympathisiert oder zusammengearbeitet hatten, waren von vornherein ausgeschaltet. Linksgerichtete französische Politiker, die für die Selbständigkeit Algeriens eintreten, wie der frühere sozialistische Minister Savary, haben ihre Kandidatur zurückgezogen, weil in Algerien freie Wahlen nicht möglich sind. Die Wahlpropaganda wird beherrscht von den reaktionären französischen Politikern vom 13. Mai und von den Kollaborationisten innerhalb der arabischen Bevölkerung.

Am 1. Januar 1959 wird die erste Etappe des *Abkommens der sechs Staaten Klein-Europas über den Gemeinsamen Markt* in Kraft treten. Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten werden unter sich die Zölle um 10 Prozent abbauen und ihre Kontingentierungen um 20 Prozent erhöhen. Dies bedeutet eine Diskriminierung gegenüber den anderen Mitgliedern der OECE. Großbritannien bemüht sich seit zwei

Jahren, den Gemeinsamen Markt der Sechs in eine breitere, aber lockere Freihandelszone einzugliedern, um einen Zollkrieg zwischen Staaten der OECE in einer Zeit wirtschaftlicher Depression zu verhüten. Die Regierung des Generals de Gaulle erklärte Mitte November, im Laufe der Verhandlungen über die Freihandelszone, daß der Plan Großbritanniens für Frankreich unannehmbar sei, woraufhin Großbritannien die Verhandlungen abbrach. Die elf Staaten der OECE, die durch den Gemeinsamen Markt getroffen werden, drohen mit Repressalien. Die schroffe Ablehnung der französischen Regierung hat die anderen Partner des Gemeinsamen Marktes beunruhigt. Die Benelux-Länder unterbreiten eine provisorische Kompromißlösung, die am 1. Januar zusammen mit dem Gemeinsamen Markt in Kraft treten sollte. Die Begünstigung betreffend die Herabsetzung der Zölle um 10 Prozent und die Erhöhung der Kontingente um 20 Prozent sollte auch den anderen Mitgliedern der OECE zugesichert werden.

Die Drohungen von Herrn Chruschtschow, den Status von Berlin im Sinne der Eingliederung Westberlins an die DDR zu ändern, die Verhandlungen der Bonner Regierung mit der Regierung der Sowjetunion über die Möglichkeit eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Tatsache, daß der polnische Außenminister Rapacki an seinem Plan Änderungen angebracht hat – dies alles zeigt, da die deutsche Frage, vor allem die Frage der Wiedervereinigung und der Remilitarisierung Deutschlands sowie diejenige des Friedensvertrages erneut im Vordergrund der internationalen Politik und besonders der Abrüstungs- und Entspannungspolitik stehen wird. Wenn die russische Regierung ihren großen Siebenjahr-Wirtschaftsplan verwirklichen will, muß sie den Versuch unternehmen, die erdrückenden Militärlasten der Sowjetunion herabzusetzen.

JHD

Blick in die Zeitschriften

Die *«Frankfurter Hefte»* veröffentlichen seit Beginn dieses Jahres in loser Folge sehr anregende Arbeiten verschiedener Autoren über das Gesamtthema «Erziehung und Bildung in der industriellen Welt». Im Novemberheft schreibt Prof. Dr. Heinrich Weinstock (Universität Frankfurt) über den «Bildungsnotstand» der höheren Schule. Im gleichen Heft setzt Ruth Fischer ihre «Chronik der Entstalinisierung» mit einer Untersuchung über die Entwicklung der Gewerkschaften in der Sowjetunion fort, während K. O. von Aretin unter dem Titel «Der Erfolgsdeutsche» eine «Studie zu einer beklemmenden Gegenwartsfrage» veröffentlicht.

Die *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* widmen ihr Novemberheft vorwiegend kulturellen Problemen. Unter dem Titel «Der gefährdete Mensch» untersucht Lorenz Knorr, Autor wertvoller Schriften über Probleme der sozialistischen Erziehung, die Erscheinungen der wachsenden Selbstentfremdung und des manipulierten Bewußtseins. Sehr ein-